

Dresdner Volkszeitung

Redaktionssitz: Leipzig.
Güters & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffort: Geb. Einhold, Dresden.

Abohmentpreis: einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch
den Post bezogen vierjährlich 6.00 M. unter Ausland für Deutschland
und Österreich-Ungarn 9.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weitmerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wöchentlich von 12 Uhr bis 1 Uhr.
Expedition: Weitmerplatz 10. Tel. 25261.
Geldabholung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Tagespresse Komparezelle 80 Pf., Familienanzeige
70 Pf., die Tagespresse Zeitung 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Rabatte sind im vorraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-
geschriebenen Zügen kann nicht übernommen werden. Für Briefmarkenbelastung 20 Pf.

Nr. 252

Dresden, Donnerstag den 30. Oktober 1919

30. Jahrg.

Sozialistischer Wahlsieg in der Schweiz

Bern, 29. Oktober. Die Wahlen für den Nationalrat, die zum ersten Male nach dem proportionalen Wahlsystem stattfanden, zeigen folgendes, wahrscheinlich endgültig bleibendes Ergebnis: Sozialdemokratische Partei 63 Sitze (bisher 108), Katholisch-konservative Partei 42 (bisher 42), Sozialdemokraten 39 (bisher 20), Bauernpartei 27 (bisher 0), liberal-demokratische Partei 9 (bisher 11), sozial-schweizerische Demokraten 4 (bisher 4), Grütländer 3 (bisher 3), sozial-rechtlich-bürgerliche Partei 1 (bisher 1), evangelische Partei 1 (bisher 0).

Der Wahlkampf

Aus der Schweiz wird dem Vorwärts über den Verlauf der Wahlen berichtet: Der Kampf der Parteien war ein sehr heftiger, wie man dies bisher in der Schweiz gar nicht gewohnt war; hauptsächlich war dies in den grüheren Städten Zürich, Basel und Bern der Fall, wo sich die bürgerlichen Parteien durch die sogenannte Lizenzenvereinigung zu einer einheitlichen Front vereinigt, um gemeinsam den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Auf dem Lande und in den kleineren Kantone haben der Wahlkampf keine sehr hohen Wellen geworfen, und in den beiden Volkskantone Appenzell ist es überhaupt nicht zu einem Wahlkampf gekommen, da wurden die Alten wieder bestätigt. Für die 183 Sitze im schweizerischen Nationalrat bewarben sich über 600 Kandidaten; der Kanton Basel-Stadt, der sieben Nationalräte zu wählen hat, verzögerte allein nicht weniger als 80 Kandidaten in sieben Listen; das gleiche Verhältnis trifft auf Zürich zu, während man sich in Bern mit vier Listen begnügte. In der Tagesspreche, in Blättern und in fälschlich ausgetragenen Plakaten wurde der Kampf in der bestigsten und teilweise auch recht persönlichen Weise geführt. Manches neue Schlagwort war geprägt worden: "Demokratie oder Terror", "Ordnung oder Soldatenkrieg", "Freiheit und Ironie" usw. Die Wählerräte ist selbst an sich irre geworden ob der vielen Wahlkampf.

Die Wahl ist nun so ausgelaufen, daß die Sozialdemokratie (mit Ausnahme der Kleinbürgerlich-sozialistischen "Grütländer") einen großen Sieg errungen hat, wenn sie auch noch in Zukunft, da sie keine Mehrheit hat, zur Koalition gezwungen ist.

Französische Kammerwahlen

Auch in Elsaß-Lothringen stehen Sozialismus und Bürgerlichkeit in heftigem Wahlkampfe gegeneinander. Es geht um die Mandate für die französische Kammer. Dem Vorwärts wird berichtet: Nachdem im Oberelsaß der bürgerliche Block bereits vor längerer Zeit vollendet Tatsache war, ist er nun nach anfänglichem Scheitern auch im Unterelsaß und in Lothringen zu zufrieden gekommen. Die sozialistische Presse führt eine sehr karte Sprache gegenüber den bürgerlichen Kandidaten und wirkt verschiedene bürgerliche Kandidaten vor, daß sie ihrer vom deutschen Kaiser erhaltenen preußischen Orden immer noch nicht entzogen haben. Die bürgerliche Presse wirft den sozialistischen Kandidaten vor, daß sie die Geschäfte Deutschlands besorgen und mit deutschem Geld beschaffen seien; die Verhaftungen in Straßburg und diejenigen in Metz sowie die dafür vorgefundene Dokumente hätten den untrüglichen Beweis gebracht, daß die sozialdemokratischen Kandidaten hinter der Propaganda für die Autonomie Elsaß-Lothringens stehen; dafür spricht auch der Umstand, daß der französische Abgeordnete Léon Gambetta in die Sache verwickelt sei. Unprudent erläutert aber die gesamte sozialistische Presse von Elsaß-Lothringen, daß sie auf dem Boden der Deutschen steht und mit der Einverleibung von Elsaß-Lothringen vollständig einig gebe, innerhin unter Wahrung der elz.-lothringischen Eigenart. Die namentlich im Oberelsaß von den Sozialdemokraten eingesetzten Personen in welchen einen Massenrechtsaufschluß auf, wie man das bis jetzt noch nicht beobachtet hat, was als Beweis dafür gelten kann, daß eine starke Unzufriedenheit im Lande vorhanden ist und man große Enttäuschungen erfahren hat. Vielleicht wird aber auch wie zu Zeiten unter deutscher Herrschaft die Saalabtreiberei gegenüber den Sozialdemokraten selbst, indem die Saalabtreiber mit Androhung militärischer Sanktion bestraft werden. Der Belagerungszaun und die Präsentierung sind nun gefallen, auch die Präsentierung gegenüber den sozialistischen Blättern ist endgültig aufgehoben worden, womit auch die

immer wiederkehrenden verdächtigen weisen Fleide verschwunden.

Der sozialistische Wahlkreis der lothringischen Metallarbeiter ist unter folgenden Bedingungen beigelegt worden: 1. Anerkennung der ersten zehn Künste der eingetragenen Körnermänner. 2. Durchsetzung der Lohnforderungen bis längstens 15. Dezember 1919. 3. Soziale Freilassung aller Verbündeten und Herstellung vollständiger Vereins- und Besammlungsfreiheit. Abschaffung und Ausweisungen wegen Beteiligung am Streik dürfen nicht stattfinden. Die Streitkräfte werden beauftragt die getreue Abteilung der Securite verhindern der einzelnen Betriebe. Zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie, der französischen Regierung und denjenigen der Streitenden kommt darauf eine kontraktuelle Vereinbarung zu, in welcher die Abmachungen paratographenweise formuliert werden.

Dass die Unruhen im Lande jedoch noch keineswegs beigelegt sind, beweist folgende Meldung aus Karlsruhe:

In den letzten Tagen haben im verschiedenen elsässischen Ortschaften deutlich und lärzend Kundgebungen stattgefunden. In Mülhausen und Colmar kam es zu Kundgebungen für die Autonomie. Die Zeitungen dürfen keine Einzelheiten bringen. Die Soz. Volkszeitg. meldet: In den letzten Wochen haben in Geisenheim und Diedenhofen über 300 Verhaftungen von Deutschen stattgefunden, die sich angeblich in herausfordernder Weise benahmen.

Aus Mainz wird berichtet, daß dort wieder ein ganzer Zug voll verwundete Franzosen am Hauptbahnhof eingetroffen sei. Sie stammten aus dem Saargebiet und Elsaß-Lothringen.

Zu den Kämpfen im Saargebiet wird noch berichtet, daß die Auständigen beim Umzug Vieles sangen, wie: Siegreich wollt wir Frankreich schlagen usw.

Die Wahlen in Luxemburg

Endgültig sind gewählt worden 27 Katholiken, 7 Radikale, 9 Sozialisten, 3 Mitglieder der Partei Braun und 2 Volkspartei.

Rumänien annexiert

Bukarest, 30. Oktober. Die rumänische Regierung hat dem Obersten Rat die Anexion Bessarbiens bis zum Danubius angekündigt. Die rumänischen Truppen, die in der Gegend von Moldau und Bessarabien stehen, haben bereits den Befreiungsbefehl erhalten. Es verlautet hier, daß der Oberste Rat den Entschluß Rumäniens nicht billige und eine Note nach Bukarest senden wird, in welcher die Räumung Bessarabiens durch die rumänischen Truppen gefordert wird. Hier herrscht die Hoffnung, daß es sich auch in diesem Falle um die amerikanische Kampagne gegen Rumänien handelt, die wegen der Bestrebungen der Standard Oil Company, sich der rumänischen Ölquellen zu bemächtigen, geführt wird.

Der Bolschewistenkrieg

Nach der Berliner russischen Zeitung Pravda sieht es um General Judenitsch und sein Heer sehr übel. Trotz hat Elitetruppen, Infanterie-Kavalleriedivisionen, in den Kampf geworfen. Infanterie ist auf dem Anmarsch. Man rechnet mit einem bolschewistischen Gegenangriff, der vielleicht die völlige Vernichtung der Nordwestarmee bedeuten.

Denklin steht nach Amsterdamer Berichten auf seiner ganzen 700 (englische) Meilen langen Front von Saragossa bis Rio in heftigem Kampf. Er meldet neue Fortschritte in der Richtung auf Madrid. Die Donarne sei in den letzten Tagen 55 Meilen vorgerückt. Voronezh jedoch unter dem Druck der Gegner gerückt worden. Petljura, der General der Ukrainer, der Denklin großflächige Pläne zu durchkreuzen suchte, habe mit seinem Stabe die Flucht ergriffen.

Koltschak, dem Großfürstentum angeblich jede Unterstützung entzogen hat, ist in Tobolsk eingerückt und hat den Feind über den Tobolfluss zurückgeworfen.

Die drückende Ostseeblöckade

Königsberg, 30. Oktober. Die angebliche Entfernung der Ostseeblöckade durch Freigabe der Hoheitsgewässer für die Militärschifffahrt wird hier als völlig ungerechtfertigt betrachtet. Die Schwierigkeiten des Fahrwassers, insbesondere die große Anzahl Wracks längs der Ostküste, machen die Fahrt innerhalb der Hoheitsgewässer unmöglich. Höchste Schiffahrtsstellen verlangen dringend die sofortige Aufhebung der Blöckade oder wenigstens eine Erweiterung der Freizeone auf sechs bis zehn Seemeilen.

Das unzufriedene Paar

Wir erkennen an, daß der Reichswehrminister den rechten Willen hat, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Um überlegen aber halten wir ihn für einen überzeugten Sozialisten, also für unsern schärfsten politischen Gegner. Wir halten ihn für gefährlicher als die Unabhängigen.

Dr. Starek (D. V.) in der Nationalversammlung:

Während gestern im südlichen Landtag die Unabhängigen gegen die Reichswehr und die geplante ländliche Hilfspolizei den üblichen Alarm ließen, beklagten sie in der Berliner Nationalversammlung die von rechts hinter Rosse und die sozialdemokratische Auffassung von der Reichswehr. In der reaktionären Presse wird Rosse schon lange als "gefährlicher Mann" bezeichnet. Mit seinem Vorgehen gegen Spartakus waren die konserватiven Herren schon einverstanden, aber daß er seine Energie auch gegen die Volksbewegungen von rechts spielt, daß in der Reichswehr ein großer Zuschnitt im Gange ist, daß Offiziere geschworen werden, die Dienst und monarchistische Auffassung nicht auseinanderzuhalten wissen, dies alles verbietet die ehemaligen Herren Deutslands daran, daß ihnen die Unabhängigen und Kommunisten lieber sind als die Sozialdemokratie.

Herr Marxky als Vertreter jenes Splitters, der sich so annahmende Deutsche Volkspartei nennt, hat diese Überzeugung in schöner Offenheit ausgesprochen: "Rosse ist überzeugter Sozialist, ist für uns also der idealistische politische Gegner, gefährlicher als die Unabhängigen." Wie sieht man einen solchen Mann am besten? Zudem man vor allem seine Vertrauenswürdigkeit innerhalb seines Wirkungsbereiches untergrüßt. Also findt die Rechter gegenwärtig ehrlich bestrebt, Rosse's Vermögen, aus der Reichswehr eine absolut zuverlässige Truppe zum Schutz der öffentlichen Sicherheit zu bilden, zu durchkreuzen und die Reichswehr in einen feindseligen Gegensatz zur Sozialdemokratie zu bringen. Sie haben sich tatsächlich in die neue Oppositionskette gefunden und zeigen plötzlich ein so warmes soziales Herz, daß man nicht genug über die Verbesserung staunen kann, mit der sie es früher verfehlt haben. Sie finden, daß die Reichswehr zu jüngst entloht wird, daß der Sold wesentlich herabgesetzt werden müsse, sie, die früher jede von der Sozialdemokratie für die Soldaten geforderte Pfennigzusage niedersäumten. Genosse Stüdts, der als Redner der Sozialdemokratie für Solberhöhung einzat, hing der Frage die Schelle um, als er noch rechts stand: "Sie wollen die Reichswehr auf ihre Seite hinüberziehen!"

Auch Herr Gräfe, der das nachholte, was sein volksparteilicher Kollege vergessen hatte, schüttete seinen Grimme gegen Rosse überweis aus. Als Oberbefehlshaber in den Marken über Rosse die Rechte viel parteiischer als einer seiner Vorgänger, d. h. er behielt am Rütteln die Blätter der Medien: "Ich zweifle nicht, daß der Reichswehrminister in kriegerischen Händen den Guerillen gegen uns schwingen wird."

Was man im Lager der Rechten darunter versteht will, ist Sache dieser Herr Gräfe. Wir zweifeln jedenfalls nicht daran, daß die Reichswehr gegen etwaige gegenrevolutionäre Putsch- und Umsturzversuche mit derselben Bestimmtheit einsetzt wird, wie gegen gewalttätige Diktaturversuche von links. Das weiß der Chor der Rechten. Und sie sind sich auch darüber klar, daß die gegenrevolutionären Regierungen Deutschland das Heimteile von konserватiv sind. Um so schöner macht es sich nach den beharrlichen Sätzen, die die Entthronen über den "sozialistischen Staatssturz" austreten, wenn dann ein Nachblümiger, wie gestern Herr Stoenen, auf die Rednertribüne zwang und herunterdompt: "Herr Rosse und in Waren über Rosse die Rechte viel parteiischer als einer seiner Vorgänger, d. h. er behielt am Rütteln die Blätter der Medien: "Ich zweifle nicht, daß der Reichswehrminister in kriegerischen Händen den Guerillen gegen uns schwingen wird."

Solche schöne Seeleverbandschaft erhält den Charakter dieser Parteien immer wieder wie ein Blitze; man erkennt plötzlich ohne viel Gedankenarbeit, warum den Unabhängigen ein Deutschnationaler und den Deutschnationalen ein Unabhängiger lieber ist als ein Sozialdemokrat!

Ein Rebedegefecht um die Hilfspolizei

Gestern stand in der Volkskammer die Debatte über die Regierung zur Verarbeitung, durch die 10 Millionen Mark für die Einrichtung einer Hilfspolizei angefordert werden, die den Antrag hat, der Polizei zur Seite zu stehen, wenn ein Vorfall mit vereinten Kräften gegen Blinderen und Einsichtigen erforderlich wird und es so gilt, verbrecherische Ankläge im Reine zu erläutern. Diese Abstimmung liegt, wie ich gestern zeigte, den Herren Unabhängigen schwer im Magen. Trotz dem rednerischen Ueberreden wurde es indeß auch gestern nicht recht klar, weshalb sie alles gegen diese Hilfspolizei aufzubieten suchen und selbst vor an die